

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Wir rufen auf:

zu Protesten gegen die NATO- Militärtagung am 3./4. Februar 2006

Für Frieden und Gerechtigkeit weltweit – Nein zu Militarisierung und Krieg

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das “weltweit wichtigste Treffen von Außenpolitikern und Militärs” – schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005. Zum 42. Mal treffen sich die Repräsentanten der NATO, um strategische Entscheidungen zu beraten und untereinander abzustimmen.

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: “Frieden durch Dialog”.

Bei der jährlich stattfindenden so genannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung. Im Münchner Nobelhotel Bayerischer Hof versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten – durch einen kostspieligen Polizeieinsatz vor der Antikriegsbewegung auf Münchens Straßen abgeschirmt.

Da tagen die Außen- und die “Verteidigungs”-Minister, so genannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militärstrategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegscoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte “Krieg gegen den Terror”, 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak, in den folgenden Jahren die Besatzungsherrschaft im Irak. Mittlerweile geht es um Iran-Kriegspläne.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich an Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten, beanspruchen für sich das Recht “auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt” (Wortlaut der Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globale Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen.

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisierung und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie die Errichtung von “Auffang-Lagern” in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

Militarisierung nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme im Inneren sind zwei Seiten einer Medaille.

Allein in Deutschland sollen die Anschaffungen neuer Waffensysteme innerhalb der nächsten 10 Jahre rd. 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und Arbeiterrechten unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben.

Krieg und Sozialkollaps bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest. Wir bestimmen die Mittel unseres Widerstandes selbst. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Vielfalt ist dabei unsere Stärke.

Wir erklären den NATO-Strategen: Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen. Die NATO-Kriegstagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand!

Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten

Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung

Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus

Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen

Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage

No justice No peace – Ohne Gerechtigkeit kein Frieden